



## **Achim Post**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordneter des Wahlkreises Minden-Lübbecke  
Vorsitzender der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

**Postanschrift:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Hausanschrift:**  
Jakob-Kaiser-Haus  
Wilhelmstraße 68  
10117 Berlin  
Telefon: (030) 227-74 813  
Telefax: (030) 227-76 813  
E-Mail: [achim.post@bundestag.de](mailto:achim.post@bundestag.de)  
[www.achim-post.de](http://www.achim-post.de)

**Wahlkreisbüro:**  
Lübbecker Straße 202  
32429 Minden  
Telefon: (0571) 505 05-30  
Telefax: (0571) 505 05-50

Berlin, 26.11.2020

### **Pressemitteilung**

#### **Achim Post und Wiebke Esdar (SPD): Große Bedeutung gewürdigt – 24,9 Millionen Euro Bundesmittel für die Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock**

Die Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock erhält 24,9 Millionen Euro Bundesmittel. Das teilten die heimische Bundestagsabgeordneten Achim Post (SPD) und Wiebke Esdar (SPD) mit. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Donnerstag dieser Woche die Mittel für den Ausbau der Gedenkstätte bereitgestellt.

Günter Garbrecht: „Ich freue mich als ehemaliger Landtagsabgeordneter und Sprecher der regionalen Arbeitsgruppe im Verein „Gegen Vergessen-Für Demokratie“, dass der Landtagsbeschluss aus 2016 umgesetzt wird. Damit ist ein ganz wichtiger Meilenstein erreicht, die Schicksale sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Erinnerungsschatten herauszuholen, wie es im Appell des früheren Bundespräsidenten Johannes Gauck hieß. Wir sind es den Opfern schuldig, die infolge mangelhafter Ernährung, Versorgung und Unterbringung sowie der ausbeuterischen Arbeitseinsätze ums Leben kamen, ihren Angehörigen und allen, die die Gräueltaten überlebt haben. Wir sind es aber auch uns selbst

schuldig, damit wir uns bewusst bleiben, wohin Fanatismus, Verblendung und Hass führen können."

Das Stammlager 326 war von 1941 bis 1945 ein deutsches Kriegsgefangenenlager in der Senne bei Stukenbrock. Es war eines der größten Lager überwiegend für sowjetische Kriegsgefangene, aus dem vor allem das Ruhrgebiet mit Zwangsarbeitern versorgt wurde. Insgesamt durchliefen rund 300.000 Internierte das Stalag 326. Über die Zahl der Todesopfer unter den Gefangenen des Lagers, in dem unmenschliche Bedingungen herrschten, gibt es nur Schätzungen. Die sowjetischen Kriegsgefangenen bilden – nach den jüdischen Bürgern in Europa - die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.

Die bestehende Gedenkstätte Stalag 326 soll nun mit Bundesfördermitteln zu einem überregional und international bedeutsamen Erinnerungsort ausgebaut werden. Die Geschichte des Stammlagers 326 ist eine Geschichte der massenhaften, menschenverachtenden Ausbeutung und Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener. Mit dem Ausbau der Gedenkstätte soll der Blick auf sowjetische Kriegsgefangene als eine der größten, bislang aber kaum beachtete Opfergruppe gelenkt werden.

Günter Garbrecht: „Gemeinsam mit allen Unterstützerinnen und Unterstützern vor Ort, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Landtagspräsidenten André Kuper und der Landesregierung NRW geht es jetzt an die Realisierung der Gedenkstätte. Wir bekommen in Ostwestfalen einen Ort, der einlädt zum Nachdenken über Geschichte und an dem aktiv die Verständigung mit Menschen aus den ehemaligen „Feindstaaten“ weiter entwickelt wird. Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die historische Forschung werden dazu beitragen, für eine friedvolle Zukunft mit ehemaligen Kriegsgegnern Perspektiven im europäischen Zusammenhang zu stärken.“

Achim Post und Wiebke Esdar, Haushalts- und Finanzexperten der SPD-Bundestagsfraktion, hatten sich in Berlin beharrlich für die Förderung dieses Ausbaus eingesetzt. Am Donnerstag dieser Woche hat nun der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Bundesmittel zur Förderung des Ausbaus der Gedenkstätte freigegeben. Die Mittel dafür stammen aus dem Kulturretat des Bundeskanzleramts.

Achim Post: „Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen gehört zu den größten Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und ist noch immer kaum bekannt. Die Gefangenen verhungerten, starben an elendigen Krankheiten, wurden ermordet. Die Dokumentation dieser Nachkriegsgeschichte des Stalag 326-Geländes ermöglicht einen Lernprozess über den Umgang mit dieser furchtbaren Vergangenheit. Was Menschen hier ertragen mussten, bleibt für immer fester Bestandteil der deutschen und europäischen Geschichte. Es ist richtig und wichtig, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Ausbau der Gedenkstätte fördern will. Es ist und bleibt unsere Verantwortung, den dort zu Tode gekommenen Kriegsgefangenen ihre Namen und, soweit möglich, ihre Biographien und damit ihre Individualität zurückzugeben und somit ein würdiges Totengedenken ermöglichen.“